

## Inhalt

Neujahrsgrüße	1
bvöd ab sofort bei Twitter	2
Veranstaltungshinweise	3
Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP	5
EU-News im Überblick	11
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	16
Terminvorschau 2015	21
Kontakt	21

## Impressum

Bundesverband Öffentliche  
Dienstleistungen - Deutsche  
Sektion des CEEP e.V. (bvöd)  
Invalidenstraße 91  
10115 Berlin  
fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0  
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29  
email: info@bvoed.de  
www.bvoed.de

## Neujahrsgrüße

Das Jahr 2015 wird für Europa wieder viele Herausforderungen bereithalten. An Wünschen nach neuem Elan und Vorschlägen, wohin es für die Bürger Europas auf lange Sicht hinführen soll, fehlt es nicht – allein, es existieren bereits viele Baustellen mit kurzfristigen oder sich widersprechenden Zielsetzungen. Bleibt zu hoffen, dass die zukünftige Richtung gemeinsam nach vorne führt.

Die Arbeit der neuen EU-Kommission hat auf jeden Fall schon Fahrt aufgenommen. Erste Kontakte mit neuen EU-Kommissionsvertretern wurden durch die Generalsekretärin Valeria Ranzitti und in den CEEP-Arbeitsgremien bereits geknüpft. Auch im EU-Parlament war ein CEEP-Vertreter in einer Anhörung gefragt.

In der ersten Newsletter-Ausgabe des Jahres informieren wir Sie in der bewährten Form darüber. Zwei interessante Veranstaltungen aus unserm wissenschaftlichen Netzwerk legen wir Ihnen besonders ans Herz.

Eine – für uns – neue Form der Kommunikation möchten wir Ihnen mit dem **neuen Twitter-Profil des bvöd** vorstellen. Sollten Sie selbst über ein Twitter-Profil verfügen, freuen wir uns Sie als „Follower“ zu begrüßen!

Wie gewohnt sorgen wir mit der Rubrik „**EU-News im Überblick**“ für den nötigen Durchblick der auf europäischer Ebene wichtigen Themen der letzten Wochen und präsentieren die aktuellen **CEEP-News** des CEEP-Generalsekretariats.

**Ein gutes und erfolgreiches neues Jahr**

**wünscht Ihnen, liebe Newsletter-Abonnantinnen und Abonnenten,**

**die Geschäftsstelle des bvöd**

*Inge Reichert, Dominik Hellriegel & Belinda Rechlin*

## bvöd ab sofort bei Twitter

Seit Beginn des Jahres unterhält die Geschäftsstelle einen eigenen Twitter-Account für den bvöd: <https://twitter.com/bvoed>



Über diesen Account hat der bvöd die Möglichkeit eigene Nachrichten abzusetzen, sog. „Tweets“,.....

oder Meldungen von Mitgliedern.....



... oder Meldungen von Zeitungen, Einzelpersonen, Organisationen etc., denen der bvöd folgt (zur Zeit: 181), zu verbreiten („retweeten“):



Wir laden Sie herzlich ein, dem bvöd mit Ihrem eigenen Profil bei Twitter zu folgen: <https://twitter.com/bvoed>

## Veranstaltungshinweis I:

---

EURAM Public Management Strategic Interest Group Mini-Conference on  
**Corporate Governance, Accounting and Accountability of State-Owned Enterprises and Agencies: Taking Stock and Next Steps in Theory and Practice**

Leipzig University, February 19th/20th 2015

About the Motivation for the Conference/Research Field:

Reforms in the provision of public services with new institutional arrangements have made State-Owned Enterprises (SOEs) increasingly relevant in many countries. SOEs are defined as enterprises where the state has significant control through full majority, or significant minority ownership. In this context the definition should also include enterprises with significant control of municipalities and other government levels/public authorities. SOEs are often prevalent in public services of general interest and services of general economic interest whose performance is of great importance to broad segments of the population. A substantial percentage of public expenditure goes towards SOEs, which demonstrates their importance for providing and managing public services and finances effectively, efficiently and sustainably.

Control deficits and a lack of accountability have led to discussions about what actions are appropriate in order to increase the effectiveness, efficiency and transparency of SOEs. In view of these challenges, corporate governance of SOEs has become a major challenge in many countries. The corporate governance of SOEs and agencies has been empirically examined only to a very limited extent - despite the socio-political and economic relevance of SOEs. The literature about the corporate governance of SOEs, which is comparatively scarce, is in constant demand for empirical studies. Comparatively few empirical studies focus on the sphere between core administration and the private sector, although empirical data show the relevance of SOEs. Moreover, it can be observed in the international research arena, that the scarce research is additionally fragmented in different disciplines and groups.

**It is the aim of the conference to provide a forum to bring together scholars of different disciplines and working groups to enrich the ongoing debate. The goal is to advance the knowledge on a world-wide phenomenon due to its significant implications on the political, social, and economic state of affairs.**

- Please find the [Programme File](#) with information about the preliminary programme, the scientific and organizing committee, accommodation notes, as well as information about Leipzig.
- Please find the participation confirmation form [here](#).

## Veranstaltungshinweis II:

---

### 3. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance:

#### Nachhaltige und wirkungsorientierte Steuerung von öffentlichen Unternehmen

13. April 2015, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Eine verantwortungsvolle Public Corporate Governance und ein zukunftsfähiges Beteiligungsmanagement sind für Städte und Kommunen, aber auch für Bund und Länder ein Schlüsselthema. Öffentliche Aufgabenerfüllung und nachhaltige Daseinsvorsorge können bei gleichzeitig notwendiger Haushaltskonsolidierung nur realisiert werden, wenn bei der Steuerung und Leitung öffentlicher Unternehmen alle Chancen ausgeschöpft werden. Dafür muss das Beteiligungsmanagement anforderungsgerecht in Richtung einer wirkungsorientierten und nachhaltigen Gesamtsteuerung von Kernverwaltung und öffentlichen Beteiligungen weiterentwickelt werden.

Ziel der 3. Public Corporate Governance Tagung ist es, aufzuzeigen, wie die aktuellen Herausforderungen einer nachhaltigen und wirkungsorientierten Steuerung von öffentlichen Unternehmen zu bewältigen sind. Damit sollen Entscheidungsträger in Kommunen, Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie Geschäftsleitungen öffentlicher Beteiligungen bei ihren Aufgaben unterstützt werden.

Im Mittelpunkt stehen unter anderem folgende Themen:

- Integrierte Gesamtsteuerung von Kernverwaltung und öffentlichen Unternehmen
- Die Bedeutung von Wirkungskennzahlen und Nachhaltigkeitskennzahlen
- Neue Erkenntnisse zur Vergütung von Top-Managern und Fallstricke bei der Altersversorgung
- Operatives Beteiligungscontrolling und Softwareunterstützung

Die Tagung richtet sich an Vorstände und Geschäftsführer in öffentlichen Unternehmen, Beteiligungsmanager und Verwaltungsmitarbeiter der öffentlichen Hand, sowie Politiker, Abgeordnete, Ratsmitglieder aus Bund, Ländern, Städten und Kommunen, die als Aufsichtsräte oder als Entscheider in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung und der öffentlichen Verwaltung verantwortlich sind.

Termin: 13. April 2015, 15:00 Uhr bis 14. April 2015, 15:15 Uhr  
Tagungsort: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer  
Anmeldefrist: 9. April 2015  
Wiss. Leitung: Prof. Dr. Michèle Morner und Prof. Dr. Ulf Papenfuß (Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd)

**Programm und Anmeldung:** [LINK](#)

## Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP

### Themenbereich Public Services

#### Handelspolitik: CEEP traf sich mit EU-Handelskommissarin Malmström



Am 19. Dezember 2019 trafen sich Vertreter von CEEP mit Cecilia Malmström (li.), der neuen EU-Handelskommissarin, und mit Miguel Ceballos Baron, dem stellvertretenden Kabinettschef Malmströms. Zum einen war der Termin für CEEP eine weitere Gelegenheit, die Kontakte zur neuen EU-Kommission zu stärken, zum anderen ging es darum, aktuelle handelspolitische Fragen zu diskutieren. CEEP sprach im Bezug auf die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) mehrere Themen der aktuellen EU-Handelspolitik an, darunter die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens mit den USA.

Die EU-Kommissarin wiederholte ihre Bereitschaft, öffentliche Dienstleistungen in TTIP zu schützen und einen Weg zu finden, deren Vertreter in die aktuellen Diskussionen einzubinden. Die Sichtweisen, wie Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im TTIP geschützt werden sollten, gingen bei den Gesprächen jedoch auseinander. Malmström, die sich gerne als „TTIP-Kommissarin“ bezeichnet, sprach auch über andere laufende und zurückliegende Handels- und Investitionsgespräche, wie das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), das Trade in Services Agreement (TiSA) und über die mittelfristige Perspektive Handelsverhandlungen mit China zu eröffnen.

Aus Sicht von CEEP ist klar, dass 2015 ein entscheidendes Jahr für die Handelsverhandlungen über öffentliche Dienstleistungen sein wird. Daher wird der Verband die laufenden Verhandlungen aufmerksam verfolgen und begleiten.

#### Ergebnisbericht zur Konsultation von MwSt-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen

Die EU-Kommission hat am 18. Dezember 2014 ihren Ergebnisbericht bezüglich der öffentlichen [Konsultation über MwSt-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten](#) veröffentlicht. CEEP hatte sich daran beteiligt.

Die EU-Kommission verzeichnete viele Antworten von öffentlichen Stellen aus Österreich und Deutschland. Die Analyse der eingegangenen Antworten zeigt zwei gegensätzliche Meinungsbilder: Während die öffentlichen Stellen keinen Bedarf für eine Reformierung des geltenden Systems sehen, plädiert die Privatwirtschaft für eine umfassende Reform aufgrund fehlender Neutralität des bestehenden Systems.



Da die EU-Kommission im Zusammenhang mit dieser von ihr als technische Konsultation eingestuften Befragung keinerlei Schlussfolgerungen oder konkrete Vorschläge im Bericht macht und ihr Arbeitsprogramm in diesem Bereich keine legislativen und nicht-legislativen Aktivitäten für dieses Jahr vorsieht, ist mit einer abschließenden Folgenabschätzung und daraus resultierenden legislativen Änderungsvorschlägen nicht zu rechnen. CEEP wird die Thematik im Interesse seiner Mitglieder aufmerksam unter Beobachtung halten.

### **Keine gemeinsame EP-Resolution zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2015**

Jede Fraktion hatte gemäß Art. 73 Abs. 3 der Geschäftsordnung einen Entschließungsantrag zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2015 eingebracht. Dem EU-Parlament lagen in seiner Plenarsitzung am 15.01.15 somit sieben [Beschlussvorlagen](#) bezüglich des Arbeitsprogramms vor. Keine dieser einzelnen Vorlagen erhielt die absolute Mehrheit. Auf eine parteiübergreifende Resolution konnte man sich ebenfalls nicht einigen. Jedoch sprach sich eine Mehrheit der Abgeordneten in den Einzelabstimmungen über die jeweiligen Beschlussvorlagen dafür aus, die Gesetzgebungsprozesse über Abfallvermeidung und Maßnahmen für saubere Luft fortzuführen.

Die EU-Kommission hatte in ihrem Programm vorgeschlagen, die entsprechenden Gesetzesentwürfe zunächst zurückzuziehen, aber angekündigt, die Entscheidung des Parlamentes zunächst abzuwarten.

## **Themenbereich Social Affairs**

### **4. CEEP-Seminar “Exchange of practices between leaders of public services” in Rom**



Am 11. Dezember 2014 fand in Rom das mittlerweile vierte Seminar des CEEP-Projektes [“Exchange of practices between leaders of public services”](#) statt. Dieses wurde von dem italienischen CEEP-Mitglied ARAN, dem nationalen Arbeitgeberverband für die öffentliche Verwaltung in Italien, unterstützt. Das eintägige Seminar befasste sich mit der Frage, wie [Innovationen in den öffentlichen Dienst eingebracht werden können](#).

Das eintägige Seminar startete mit einer Präsentation von Bernardo Mattarella, Leiter der Rechtsabteilung der Ministerin Madia zur Reform der öffentlichen Verwaltung, zum Thema *„Improving the efficiency of public services in Italy“*.

Elke Wambacq und Nancy De Vogelaere von der Flämischen Regierung und David Leask, North East Regional Employers’ Organisations, hielten Vorträge zum Thema *„Improving efficiency and implementing innovations in public services with reduced workforces“*. So stellte Wambacq das Projekt „Dinobusters“ innerhalb der

flämischen Regierung vor, welches als Innovationsplattform ein Ideenportal für Beamte mit mittlerweile 78 Verbesserungsprojekten ermöglichte. Im Anschluss an diese Präsentation diskutierten die Teilnehmer mit David Leask anhand von Beispielen Praktiken zur Umsetzung eines besseren Managements.

Am Nachmittag diskutierten die Teilnehmer zum Thema *“Achieving public service improvements and more efficient service provisions despite of financial constraints: Innovative tools and practices”* ein neues internes Bewertungsverfahren der italienischen öffentlichen Krankenhäuser zur Verbesserung der Servicequalität Eduardo Moutinho, Administração dos Portes de Sines e do Algarve in Portugal, stellte technische Änderungen zur Steigerung der Produktivität und Effizienz von internen Dienstleistungen vor.

### **Erstes Seminar zur Kompetenzbildung im Europäischen Sozialdialog in Warschau**

Am 16. und 17. Dezember 2014 fand in Warschau, Polen, das erste gemeinsame Seminar "Promoting and reinforcing the EU social dialogue" im Rahmen der integrierten Projekte für den Zeitraum 2014-16 des EU-Sozialdialoges statt. An diesem Treffen nahmen Sozialpartner der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus Dänemark, Deutschland, Slowakei und Polen teil. Für die deutschen öffentlichen Arbeitgeber nahm **Dr. Armin Augat (KAV Bayern)**, Mitglied der deutschen Sektion des CEEP, an der Veranstaltung teil.

Im Vordergrund stand der Austausch über die jeweiligen Tarifverhandlungssysteme, die Rolle des sozialen Dialogs in der nationalen Wahrnehmung und die Verknüpfung von nationalem und europäischem Sozialdialog.

Die europäischen Sozialpartner **CEEP**, **BUSINESSEUROPE**, **UEAPME** und **ITUC (EGB)** unterstrichen die Wichtigkeit des Austausches über die jeweiligen Ausgestaltungen der nationalen Sozialdialogsysteme und forderten eine bessere Umsetzung der autonomen Rahmenabkommen der EU-Sozialpartner auf nationaler Ebene ein. Das Seminar fand zeitlich in einer schwierigen Phase des polnischen Sozialdialoges statt, da es dort praktisch keinen funktionierenden Tripartiten Sozialdialog (Arbeitgeber + Gewerkschaften + Staat) mehr gibt. Zudem haben die drei polnischen Arbeitnehmerverbände ihre Mitarbeit in der Tripartiten Kommission für den Sozialdialog seit dem 26. Juli 2013 ausgesetzt. [Weiterlesen](#)

## **CEEP-Sektorthemen**

### **CEEP Executive Vice-President Brandolini bei der EP-Anhörung zum Kreislaufwirtschaftspaket**

Am Donnerstag, 22. Januar 2015 fand in Brüssel die Sitzung der CEEP-Task Force Umwelt statt. Im Ausschuss des EU-Parlaments für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) am Morgen des gleichen Tages fand eine öffentliche Anhörung zum Legislativpaket zur Abfallwirtschaft statt. Filippo

Brandolini, CEEP Executive Vice-President und Präsident von HERAmbiente, Mitglied von Municipal Waste Europe (MWE), vertrat dort die Erbringer öffentlicher Dienstleistungen.

Brandolini forderte die EU-Kommission auf anzuerkennen, dass es eine breite Unterstützung für das geplante [Kreislaufwirtschaftspaket](#) gebe und er betonte dessen wichtige Rolle für die europäische Wirtschaft: "Das Paket ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft, in der die Ressourceneffizienz einen Schlüsselfaktor für Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in der Europäischen Union darstellt. CEEP sieht das Paket in seiner ursprünglichen Form als eine hervorragende Gelegenheit, die Ziele einer nachhaltigen Wirtschaft zu verwirklichen. Für die CEEP-Mitglieder der öffentlichen Abfallwirtschaft bedeutet Abfallmanagement immer auch Ressourcenmanagement". Weiterhin führte er aus: "Das Kreislaufwirtschaftspaket unterstreicht den Willen der EU, dass es nicht darum geht, sich zwischen dem Schutz der Umwelt und Wachstum und Beschäftigung entscheiden zu müssen. Vielmehr geht es um die Erreichung von Vorteilen in allen Bereichen".

Er betonte zudem: "Das Paket hat aus Sicht von CEEP ein enormes Potenzial, Investitionen in ressourceneffiziente Technologien und Dienstleistungen freizusetzen. Es könnte somit eine treibende Kraft für die gesamte europäische Wirtschaft werden. Dieser gesetzliche Rahmen in Europa sollte daher mit Blick auf dringend notwendige Investitionen nicht verzögert werden."

Brandolini unterstrich, dass das Recycling in Hinblick auf Menge und Qualität in der EU weiter verbessert werden sollte: "Die Reduzierung von Deponien ist eines der wichtigen Ziele der Kreislaufwirtschaft. Die Ziele bezüglich der Deponiewirtschaft und des Recyclings sollten daher für alle Abfälle gelten, nicht nur für Siedlungsabfälle."

Unmittelbar vor der Anhörung diskutierten die Ausschussmitglieder die Entscheidung der EU-Kommission den Gesetzesvorschlag zur Novellierung der EU-Abfallrahmenrichtlinie zurückziehen und einen „ehrgeizigeren“ Vorschlag zu einem späteren Zeitpunkt zu präsentieren. Die anwesenden Abgeordneten sowie die zur Anhörung geladenen Vertreter der öffentlichen und privaten Abfallwirtschaft plädierten dafür, den Vorschlag beizubehalten und im legislativen Verfahren mit Rat und Parlament zügig zu verabschieden. Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission versicherte, dass noch im Jahr 2015 ein neuer Vorschlag durch die EU-Kommission präsentiert werden soll.

### **Politische Prioritäten des CEEP-Sustainability Boards und der sektoralen Task Forces für 2015**

Das im Dezember veröffentlichte Arbeitsprogramm der EU-Kommission beinhaltet einige Themen mit hoher politischer Relevanz, welche das CEEP-Sustainability Board und deren Task Forces in 2015 aufgreifen werden, um einen Beitrag zu aktuellen und kommenden Debatten in der europäischen Politik zu leisten.



Das CEEP Sustainability Board bringt die Mitglieder der sektoralen Task Forces Kommunikation, Energie, Umwelt, Verkehr und Wasser zusammen, um für öffentliche Unternehmen und öffentliche Dienstleistungen relevante Querschnittsthemen zu behandeln.

Für 2015 wird u.a. der Klimaschutz und der Beitrag der EU zur Klimakonferenz COP 21 der Vereinten Nationen in Paris auf der Agenda des Boards stehen. Ziel ist es, die europäischen Institutionen mit Beiträgen aus der Reihe der öffentlichen Dienstleistungen zu unterstützen. [Weiterlesen](#)

### Treffen CEEP-Ausschussvorsitzende mit EU-Kommission

Am Donnerstag dem 8. Januar 2015 trafen sich der Vorsitzende des CEEP-Sustainability Boards, Jean Eudes Moncomble, und der Leiter der CEEP-Task Force Energy, Elmar Thyen (Trianel), mit Gonzalo de Mendoza Asensi, Mitglied des Kabinetts des neuen EU-Kommissars Cañete für Klimaschutz und Energie für einen ersten Austausch bezüglich der EU-Klima- und Energiepolitik der kommenden Monate.

Thema war die EU-Politik hinsichtlich der 2015 stattfindenden internationalen Weltklimagipfels COP 21 in Paris. Es wurde deutlich, dass die Reform des EU-Emissionshandelssystems einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen des Gipfels darstellt. Gleichzeitig wird die Kommission für ein ehrgeiziges Abkommen mit tatsächlich gleichen Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene eintreten.

Das Gesetzespaket zur Energieunion, derzeit in Vorbereitung innerhalb der verschiedenen Kommissionsdienststellen, wird ein weiterer Meilenstein der diesjährigen Klima- und Energiepolitik auf europäischer Ebene sein. Die Mitteilung wird vor der Ratssitzung im März veröffentlicht werden.

Darüber wurden in dem Meeting die derzeitigen Bemühungen der EU-Kommission deutlich, die Umsetzung des Dritten Energiepakets durch die EU-Mitgliedsstaaten voranzutreiben. Zudem hat momentan die Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU bei der EU-Kommission Vorrang, auch im Vergleich zur Klimapolitik.

Über die genauen Inhalte des Treffens wird in der kommenden Sitzung des CEEP Sustainability Boards und der Task Forces berichtet werden. Das **CEEP Sustainability Board** plant in seiner Sitzung am 26. März 2015 ein Positionspapier zur Klimapolitik und bezüglich des Beitrags der EU zum internationalen Klimaschutz zu erarbeiten.



Die erste Sitzung der **CEEP-Task Force für Energie** wird am 3. Februar in Brüssel stattfinden (10.00-13.00 Uhr). An dieser Sitzung wird [Claude Turmes](#), Mitglied des EU-Parlaments (Grüne/ Luxemburg) teilnehmen. Er ist Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und Sprecher der Grünen-Fraktion für Energiethemen.

Am 24. März 2015 haben interessierte CEEP-Mitglieder die Möglichkeit an einem Frühstückstreffen mit [Dr. Angelika Niebler](#), ebenfalls Mitglied des EU-Parlaments, teilzunehmen. Sie ist Vizevorsitzende der CDU/CSR-Gruppe im Parlament und ebenfalls Mitglied des ITRE-Ausschusses.



### **Pläne der Lettischen Ratspräsidentschaft zum 4. Eisenbahnpaket**

Die lettische Ratspräsidentschaft hat angekündigt, dass der Abschluss der Verhandlungen mit dem EU-Parlament über die technische Komponente des 4. Eisenbahnpaketes ihre oberste Priorität im Verkehrssektor sei.

Während der italienischen Ratspräsidentschaft hatten drei Trilog-Gespräche mit dem Ziel stattgefunden, die Verfahren für die Fahrzeugzulassung und die Sicherheitsbescheinigung von Eisenbahnunternehmen zu überarbeiten. Parlament und Rat müssen sich nun auf einen Termin für ein viertes Treffen einigen. Unter Vorsitz der lettischen Ratspräsidentschaft fanden am 13. und 15. Januar 2015 bereits Vorbereitungstermine für die politische Einigung mit Experten aus den Mitgliedsstaaten statt.

Mehrere EU-Mitgliedsstaaten hatten am 3. Dezember 2014 im EU-Verkehrsrat prioritär eine Einigung hinsichtlich der technischen Aspekte des Paketes gefordert. Viele wiesen darauf hin, dass der technische Anteil nicht an den Verlauf der Verhandlungen über die politische Seite gebunden sei. Die lettische Präsidentschaft erklärte jedoch, dass sie die politische Seite des Paktes auch nicht vernachlässigen wolle. Daher hat sie in einer Ratsarbeitsgruppensitzung am 7. Januar 2015 zwei Dokumente zur Änderung des Kommissionsvorschlags eingebracht. Bisher hatten die Vertreter der Mitgliedsstaaten aber auf der Grundlage der Dokumente der vorherigen, italienischen Präsidentschaft zu generellen Fragen gearbeitet, ohne dass die einzelnen Vorstellungen der Mitgliedsländer schon in einen konkreten Kompromissvorschlag eingearbeitet wurden.

Die Vertreter wurden nun gebeten bis zum 30. Januar ihre Position schriftlich einzureichen, damit auf dieser Grundlage ein neues Papier durch die Präsidentschaft erarbeitet werden könne. Zwei weitere Arbeitsgruppentreffen sind am 10. und 17. Februar 2015 geplant. In der Sitzung des Verkehrsrates am 13. März ist aus Sicht von CEEP also mit einer politischen Debatte zu rechnen.

## EU-News im Überblick

---

### Umsetzung EU-Vergaberecht in Deutschland

Am 7. Januar 2015 hat das Bundeskabinett [Eckpunkte](#) zur [Reform des deutschen Vergaberechts](#) verabschiedet. Das BMWi wird im Frühjahr 2015 einen Referentenentwurf zur gesetzlichen Umsetzung der Reform vorlegen. Anlass für die Reform ist die Umsetzung der drei neuen [EU-Vergaberichtlinien](#), die bis April 2016 in deutsches Recht umgesetzt werden müssen. Öffentliche Auftraggeber und Unternehmen sollen zukünftig mehr Flexibilität bei der Vergabe öffentlicher Aufträge haben. Die Möglichkeiten für öffentliche Auftraggeber, strategische Ziele – z.B. umweltbezogene, soziale oder innovative Aspekte – im Rahmen von Vergabeverfahren vorzugeben, werden ausgeweitet. Die Bundesregierung geht von einem „erheblichen Anpassungsbedarf“ für das deutsche Vergaberecht aus.

Quelle: [Bundesregierung](#)

### Staats- und Regierungschefs unterstützen Junckers Investitionsinitiative

Auf ihrem Gipfel vom 18. bis 19.12.2014 haben die EU-Staats- und Regierungschefs ihre Zustimmung zu den Plänen der EU-Kommission für den im November erstmals vorgestellten [Investitionsplan zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung](#) signalisiert. "Die neue Schwerpunktsetzung auf Investitionen wird im Verbund mit der Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, die Strukturreformen intensiv voranzutreiben und weiterhin eine wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung zu betreiben, das Fundament für Wachstum und Beschäftigung in Europa legen", hieß es in der Abschlusserklärung der Staats- und Regierungschefs.

Quelle: [Europäischer Rat](#)

### EU-Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Am 13. Januar 2015 hatte die EU-Kommission [Leitlinien](#) (COM(2015) 12; engl.) zur flexibleren Auslegung des [Stabilitäts- und Wachstumspakts](#) vorgelegt, um eine Verknüpfung von Strukturreformen, Investitionen und haushaltspolitischer Verantwortung zur Steigerung von Beschäftigung und Wachstum zu gewährleisten. Folgende Ziele wurden mit den Leitlinien kommuniziert:

1. Unterstützung der effektiven Umsetzung von Strukturreformen,
2. Förderung von Investitionen, vor allem im Rahmen des neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI),
3. Stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftslage in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Quelle: [EU-Kommission](#)

## Gesetzesvorschlag für Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) veröffentlicht

Ebenfalls am 13. Januar 2015 stellte Kommissionsvizepräsident Katainen den Verordnungsvorschlag für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zur Umsetzung der „Investitionsoffensive für Europa“ vor. Der Fonds soll zusätzliche Investitionen in den nächsten drei Jahren in der gesamten Europäischen Union von mindestens 315 Mrd. EUR mobilisieren. Gefördert werden sollen insbesondere strategische Investitionen, zum Beispiel in Breitband- und Energienetze, sowie kleinere Unternehmen mit weniger als 3.000 Beschäftigten.

Gemäß dem Vorschlag soll ein **Investitionsausschuss** spezifische Projekte prüfen und ohne geografische oder sektorbezogene Quoten entscheiden, welche Projekte aus dem EFSI gefördert werden sollen. Der Vorschlag umfasst zudem den Aufbau einer **Europäischen Plattform für Investitionsberatung** (European Investment Advisory Hub – EIAH), die bei der Ermittlung, Vorbereitung und Entwicklung von Projekten in der Union helfen soll. Außerdem wird ein europäisches Investitionsprojekverzeichnis eingerichtet, welches strukturiert Auskunft über laufende und künftige Investitionsprojekte, die maßgeblich zu Erreichung der politischen Ziele der EU beitragen, und über entsprechende Projekte auf Mitgliedsstaatsebene geben soll. Der Vorschlag umfasst auch die Errichtung eines EU-Garantiefonds als Liquiditätspuffer, der den Unionshaushalt gegen mögliche Verluste absichern soll, die der EFSI bei der Unterstützung von Projekten erleiden könnte. Er wird nach und nach mit Mitteln aus dem EU-Haushalt ausgestattet und soll bis 2020 insgesamt 8 Mrd. EUR betragen.

Der Zeitplan sieht vor, dass das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zur Annahme des Vorschlags durch die EU-Gesetzgeber bis Juni 2015 abgeschlossen sei wird: [LINK](#) zum Zeitplan (pdf)

Weitere Links zum Thema:

- Empfehlungen für Investitionen in Deutschland: [LINK](#) (pdf)
- Infoseite zur Investitionsoffensive: [LINK](#)
- Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), Mitglied im bvöd, hatte in einer Pressemitteilung die geplante Förderung von Investitionen in den Bereichen Energie und Breitbandausbau begrüßt: [LINK](#)

Quelle: [EU-Kommission](#)

## Lettische Ratspräsidentschaft stellt Arbeitsprogramm vor

Am 14. Januar nahm Lettlands Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma an der ersten Plenarsitzung des Europäischen Parlaments 2015 teil. Die Ministerpräsidentin stellte den Parlamentariern das [Arbeitsprogramm der lettischen Präsidentschaft](#) im Rat der Europäischen Union vor. Lettland konzentriert sich in der Ratspräsidentschaft auf drei Prioritäten: ein wettbewerbsfähiges, digitales und engagiertes Europa.

Quelle: [Ratspräsidentschaft Lettland](#)

### Intergroups im Europäischen Parlament für Zeitraum 2014-2019 gebildet

Interfraktionelle Arbeitsgruppen können von Mitgliedern aller Fraktionen und Ausschüsse im EU-Parlament gebildet werden, um einen informellen überfraktionellen Meinungs austausch über besondere Themen zu führen und den Kontakt zwischen den Mitgliedern und der Zivilgesellschaft zu fördern. Die interfraktionellen Arbeitsgruppen sind keine Organe des Parlaments und können daher nicht in dessen Namen sprechen. Intergroups können nur von Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus mindestens drei verschiedenen politischen Fraktionen gebildet werden und sind offen für alle politischen Richtungen des Parlaments.

Die Konferenz der Präsidenten billigte in ihrer Sitzung vom 11. Dezember 2014 u.a. folgende in dieser Wahlperiode des Parlaments zu bildende Arbeitsgruppen (Auswahl):

- Aktives Altern, Solidarität zwischen den Generationen & Familienpolitik
- Klimawandel, nachhaltige Entwicklung und biologische Vielfalt
- **Gemeinsame Güter und öffentliche Dienstleistungen:** Die Intergroup beschäftigt sich mit der Erbringung und Wirkung der öffentlichen Dienstleistungen in Europa. Hierbei wird auch die Rolle der öffentlichen Hand als Puffer zur Abmilderung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und als wirtschaftlicher Stabilisator diskutiert.
- Digitale Agenda
- Langfristige Investitionen und Reindustrialisierung
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
- Sozialwirtschaft
- Gewerkschaften
- Städtisches Umfeld
- Jugendbelange

Quelle: [GdW Europabrief 01/2015](#) + [EU-Parlament](#)

### EU-Beschäftigungsbericht 2014 veröffentlicht

Der am 15. Januar 2015 vorgelegte Beschäftigungsbericht 2014 ([Bericht über die Entwicklungen in Beschäftigung und Gesellschaft in Europa 2014](#)) der EU-Kommission bilanziert, dass Mitgliedsländer mit einem offenen, weniger stark segmentierten Arbeitsmarkt und höheren Investitionen in das lebenslange Lernen weniger unter den Auswirkungen der Krise zu leiden hatten, als andere. „In diesen Ländern kommen die Leistungen bei Arbeitslosigkeit in der Regel einem Großteil der Arbeitslosen zugute, sie sind zudem mit Aktivierungsmaßnahmen verbunden und reagieren auf den Wirtschaftszyklus“, so die Ausführung.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Angleichung der Systeme insbesondere der südlichen und in den Randlagen der Union befindlichen EU-15-Mitgliedstaaten sei Teil der aktuellen Krisenbewältigung. „Die unterschiedlichen Auswirkungen der Krise waren nicht nur auf das Ausmaß des Schocks zurückzuführen,

sondern auch auf strukturelle Ungleichgewichte, die bereits vor der Krise in den am stärksten betroffenen Ländern existierten, wie beispielsweise eine niedrige Produktivität, mangelnde Investitionen in das Humankapital, ein schwacher Bankensektor, Immobilienblasen oder Schwachstellen in den Sozialsystemen.“

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **EU-Kommission veröffentlicht Vorschlag zu Emissionshandel**

Die EU-Kommission hat kürzlich einen [Vorschlag zur Einführung einer Marktstabilitätsreserve für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten](#) zur Stärkung des [Europäischen Emissionshandelssystems](#) (EHS) vorgelegt. Rat und EP befinden sich derzeit in der Positionierungsphase zum EK-Vorschlag. Der zuständige Berichterstatter Ivo Belet (EVP, Belgien) legte dem EP-Umweltausschuss seinen [Berichtsentwurf](#) zum EK-Vorschlag zum ETS am 24. November 2014 vor. Mittlerweile ist die Frist zur Einreichung von Änderungsanträgen abgelaufen und es wurden auch bereits Kompromissanträge gemeinsam mit den Schattenberichterstattern erarbeitet. Eine Abstimmung im Umweltausschuss ist für den 24. Februar 2015 vorgesehen. Im Rat fand eine erste Aussprache zum EU-Kommissionsvorschlag Ende 2014 statt. Die lettische Ratspräsidentschaft schlug kürzlich vor, dass die 2014 aus dem Markt genommenen Emissionszertifikate diesem nicht 2019/2020 wieder zugeführt werden, sondern erst 2021 direkt in die Marktstabilisierungsreserve eingehen sollten. Ein Vorziehen der Einführung der Marktstabilitätsreserve auf 2017, wie unter anderem von Deutschland gefordert, sieht der Vorschlag nicht vor.

Quelle: Europabüro DST

### **Kommission legt Infrastrukturprioritäten und Investitionsbedarf für das Transeuropäische Verkehrsnetz bis 2030 fest**

Die EU-Kommission hat neun Studien zum Stand und Entwicklungsbedarf der Korridore des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V-Kernnetzes) veröffentlicht, in denen der Infrastrukturinvestitionsbedarf bis zum Jahr 2030 auf rund 700 Milliarden veranschlagt wird. Das Kernnetz soll 94 wichtige europäische Häfen an das Eisenbahn- und Straßenverkehrsnetz anbinden, 38 Großflughäfen im Schienenverkehr mit Ballungsgebieten einbinden, 15.000 km für den Hochgeschwindigkeitsverkehr ausgelegte Bahnstrecken verbinden und 35 grenzüberschreitende Vorhaben verwirklichen, um Engpässe abzubauen. Die Ergebnisse dieser Studien werden bei der Entscheidung über die Zuweisung von EU-Mitteln für den Zeitraum 2014-2020 im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ berücksichtigt.

Quelle: [EU-Kommission](#)

### **Neues EU-Transparenzregister online**

Am gestrigen Dienstag (27.01.15) ging das [EU-Transparenzregister](#) mit einer neuen Version ans Netz. Mit der "zweiten Generation" des Registers werden künftig mehr Informationen über Lobbying-Aktivitäten bei EU-



Kommission und Europäischen Parlament zur Verfügung gestellt. Die überarbeitete Version des Transparenzregisters verlangt zusätzliche Informationen von Lobbyisten über die Beteiligung an Ausschüssen, Foren, Arbeitsgruppen und ähnlichen Strukturen der EU sowie über die derzeit beobachteten Rechtsetzungsvorhaben. Auch sind künftig alle registrierten Organisationen und Einzelpersonen verpflichtet, die geschätzten Kosten ihrer Lobbying-Aktivitäten anzugeben.

Die Kommission unter Präsident Juncker will 2015 einen eigenen Vorschlag für ein verpflichtendes Lobbyistenregister vorlegen, das die Kommission, das Europäische Parlament und den Rat umfassen soll. Der Erste Vizepräsident Timmermans wurde mit der Ausarbeitung dieses Vorschlags betraut.

Quelle: [EU-Kommission](#)

## Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

---

Die mediale Aufmerksamkeit war den Handelsabkommen auch im Dezember 2014 und Januar 2015 gewiss: Zunächst stand Bundeswirtschaftsminister Gabriel im Zentrum der Kritik seiner Parteikollegen, da er eine Zustimmung zu CETA trotz vorhandener Regeln zu ISDS und Investorenschutz für notwendig erachtete (Quelle: [Spiegel Online](#)). Zugleich sicherte der Parteivorsitzende zu, dass ein SPD-Parteikonvent seine Zustimmung zuerst erteilen müsse (Quelle: [Spiegel Online](#)). Der von Gabriel eingerichtete TTIP-Beirat fühlte sich in dieser Debatte übergangen und zeigte sich in einem Brandbrief Anfang Januar 2015 irritiert, dass Gabriel den Eindruck erweckt habe, dass, wenn die anderen europäischen Mitgliedstaaten die Abkommen wollten, auch Deutschland zustimmen müsse (Quelle: [Handelsblatt](#)). Ein ständiges Thema in den Medien ist zudem die Diskussion um die Schiedsgerichte und der Investorenschutz (Beispiel: [Tagesschau](#)) und die Absenkung von Standards ([Beitrag Frontal 21](#)).

### Aktueller Stand zu CETA:

- Folgender **Zeitplan zur Ratifizierung** wird aktuell als wahrscheinlich angesehen: Die Rechtsförmlichkeitsprüfung des Verhandlungstextes („legal scrubbing“) wird bis Frühjahr 2015 dauern. Nach Abschluss der Rechtsförmlichkeitsprüfung wird das Abkommen in die 24 Amtssprachen der EU übersetzt, was voraussichtlich sechs Monate dauern wird (bis Ende Sommer 2015). Der Rat wird voraussichtlich erst im Herbst 2015 die Unterzeichnung des Abkommens (durch Ratsbeschluss) vornehmen. Im Anschluss folgt das Zustimmungsverfahren im Europäischen Parlament. Das EU-Parlament plant zuvor im März/April 2015 eine Entschließung zu CETA zu verabschieden.
- **Experten kritisieren Investorenschutz in CETA:** Die Regelungen zum Schutz von Investitionen und das geplante Investor-Staat-Schiedsverfahren in CETA wurden in einer Anhörung des Bundestags-Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 15. Dezember 2014 von einigen Sachverständigen als verbesserungswürdig eingestuft beziehungsweise ganz abgelehnt: [LINK](#)
- **Positionen:** Die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW), Mitglied des bvöd, macht auf eine [Kurzauswertung des CETA-Textes](#) aufmerksam. Die Herausgeber PowerShift, AbL, Forum Umwelt und Entwicklung und weed verweisen u.a. auf die möglichen negativen Auswirkungen auf die öffentliche Daseinsvorsorge und die Wasserwirtschaft. Das Kommissariat der deutschen Bischöfe hat zudem ein [Diskussionspapier](#) veröffentlicht, in dem Auswirkungen von CETA und TTIP auf die öffentliche Daseinsvorsorge kritisch gesehen werden.

### Aktueller Stand zur TTIP:

- **Transparenzoffensive:** Die EU-Kommission hat am 7. Januar 2015 eine Reihe von Verhandlungstexten mit Vorschlägen für rechtliche Bestimmungen in der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft veröffentlicht. Die acht Textvorschläge decken die Bereiche Wettbewerb, Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit, Zollfragen, technische Handelshemmnisse, kleine und mittlere Unternehmen und zwischenstaatliche Streitbeilegung (government-to-government dispute settlement) ab. Außerdem veröffentlichte die EU-Kommission einige Positionspapiere sowie „Leitfaden für den Leser“ (Reader's Guide): [LINK](#)
- **US-Repräsentantenhaus zu ISDS:** Mitglieder des US-Repräsentantenhauses und des Ausschusses „Committee on Ways and Means“ haben im Dezember 2014 den US-Präsidenten in einem [offenen Brief](#) aufgefordert, Regeln zu Investor-Staat-Klagen (ISDS) von den Verhandlungen zum TTIP auszunehmen. Ausländischen Investoren gegenüber inländischen mehr Rechte zu gewähren, sei nicht der richtige Weg um den gemeinsamen Wohlstand auszubauen, so ein Kongressmitglied. Er ist auch der Ansicht, dass die Sonderrechte dazu führen, allgemein anerkannte Politiken, wie zum Beispiel zum Schutz des Wassers, zu ändern.
- **CSU zu TTIP:** Auf dem CSU-Parteitag am 12./13. Dezember wurde der „[Leitantrag Wirtschaft - Arbeit – Freihandel](#)“ angenommen, welcher als Bedingung zur Annahme von TTIP aufführt: „Die kommunale Daseinsvorsorge muss geschützt bleiben. Es darf zu keiner Zwangsprivatisierung der kommunalen Wasserversorgung kommen.“
- **EU-Ombudsfrau zu TTIP-Transparenz:** Die Europäische Ombudsfrau, Emily O'Reilly (s. Foto), welche Ende 2014 eine öffentliche Konsultation zur Transparenz der TTIP-Verhandlungen eingeleitet hatte, hat die Ergebnisse der Befragung zusammen mit Forderungen im Januar 2015 veröffentlicht. So hat sie der EU-Kommission Empfehlungen unterbreitet, die den Zugang zu konsolidierten Verhandlungstexten, mehr proaktive Veröffentlichungen von TTIP-Dokumenten und mehr Transparenz bei TTIP-Treffen zwischen Kommissionsbeamten und Wirtschaftsvertretern, NGOs und anderen Lobbyisten betreffen. Allein ein Einspruch der USA gegen die Veröffentlichung bestimmter TTIP-Dokumente sei „kein ausreichender Grund, sie der europäischen Öffentlichkeit vorzuenthalten. Die Kommission muss jederzeit sicherstellen, dass Ausnahmen zum Grundrecht der EU-Bürger auf Zugang zu Dokumenten gerechtfertigt und gut begründet sind“. Bei der Bürgerbeauftragten gingen 315 Antworten über die eigens für diese öffentliche Konsultation eingerichtete TTIP-E-Mail-Adresse ein. 55 Antworten wurden von Organisationen eingereicht, 3 von



Abgeordneten des Europäischen Parlaments (MdEP) und 257 von Privatpersonen. CEEP, AöW und bvöd hatten sich an der Konsultation mit Stellungnahmen beteiligt. Bericht zur Konsultation: [LINK](#)

Quelle: [EU-Ombudsfrau](#)

- **INTA-Position zu TTIP:** Am 21. Januar 2015 diskutierte der Handelsausschusses (INTA) des EU-Parlaments mit Blick auf die Vorbereitung des Entwurfs eines Berichts über die Empfehlungen des Parlaments an die Kommission für die Verhandlungen über die TTIP ein unter Federführung des Europaabgeordneten **Bernd Lange** (SPD, s. Foto, rechts) erstelltes [Arbeitspapier](#).



- Darin heißt es im Kapitel „Nicht verhandelbare Fragen“:
 

*„Die EU hat auch eine besondere Tradition bezüglich der Organisation **öffentlicher Dienstleistungen**. Diesbezüglich besteht kein Verhandlungsspielraum. Alles, was Regierungsstellen daran hindert, im öffentlichen Interesse Regeln aufzustellen oder Dienstleistungen zu erbringen, ist nicht akzeptabel. Wir wollen den Schutz unserer Leistungen der Daseinsvorsorge garantieren.“*
- Im Kapitel „Marktzugang“ führt das Papier aus: *„Andererseits muss unbedingt eine angemessene Ausnahmeregelung für sensible Dienstleistungen wie **öffentliche Dienstleistungen** und öffentliche Versorgungsleistungen sichergestellt werden, die den nationalen und lokalen Behörden genug Spielraum für den Erlass von Gesetzen im Interesse der Öffentlichkeit belassen. Eine gemeinsame Erklärung, aus der das deutliche Engagement der Verhandlungsführer hervorgeht, diese Sektoren aus den Verhandlungen auszuklammern, wäre diesbezüglich sehr hilfreich.“*
- Der geplante Investorenschutz in der TTIP durch ISDS wird skeptisch bewertet: *„Da die Rechtssysteme der EU und der USA hochentwickelt sind, sind ein zwischenstaatliches System zur Beilegung von Streitigkeiten und die Anrufung nationaler Gerichte die geeignetsten Instrumente zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten.“* Sollte ISDS wirklich kommen, dann müsse es reformiert werden. Nur so könne man Probleme vermeiden, die durch das ISDS in vorangegangenen Freihandelsabkommen aufgekommen seien.

Das Arbeitspapier des Handelsausschusses wird Eingang finden in den Bericht des Europaparlaments, der an die EU-Kommission gehen wird.

Quelle: [EurActiv](#) + [EU-Parlament](#)

- **Bundestagsanträge zu CETA und TTIP:** Der Deutsche Bundestag verwies am 16.01.2015 zwei Anträge der Fraktionen Die Linke ([18/3729](#)) und Bündnis 90/Die Grünen ([18/3747](#)) zu den geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie zwischen der EU und Kanada (Ceta) in den federführenden Wirtschaftsausschuss. Beide Oppositionsfraktionen sprechen sich in ihren Vorlagen speziell gegen geplante Schiedsgerichtsverfahren aus, bei denen Unternehmen Klage gegen Staaten einreichen können sollen. Quelle: [Deutscher Bundestag](#)
- **Regulatorische Kooperation:** Laut eines [Berichts](#) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27.01.2015 arbeitet die EU-Kommission „momentan mit Hochdruck an ihrem Verhandlungsangebot an die Amerikaner, das sie noch vor dem Sommer veröffentlichen will. Auf zehn Seiten umreißt die Kommission darin, wie sie Handelshürden verhindern will. Im Mittelpunkt soll ein Frühwarnsystem für neue Gesetze und Standards stehen. Mindestens einmal im Jahr sollen beide Seiten eine Liste der geplanten Vorhaben veröffentlichen, heißt es in Artikel 5 des Papiers – und zwar auf zentraler und nichtzentraler Ebene, also auch auf Ebene der Bundesländer“, so die FAZ.
- **Neue Verhandlungsrunde:** Die achte Runde der TTIP-Gespräche findet vom 2. bis 6. Februar 2015 in Brüssel statt. Laut EU-Kommission wird es um eine Annäherung bei Regulierungen und Standards in technischen Fragen; bei Energie und Rohstoffen sowie bei Dienstleistungen, Investitionen und dem **Öffentlichen Beschaffungswesen** gehen. Weitere Themen auf der Tagesordnung sind Regulierungen für Lebensmittel und geografisch geschützte Angaben. Zudem geht es unter anderem um Regeln zur Nachhaltigkeit, zum Abbau von Zöllen, Wettbewerb und kleinere und mittlere Unternehmen.  
Am Mittwoch, den 4. Februar, haben Interessensvertreter und Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit, ihre Eingaben während eines „[Stakeholders event](#)“ zu machen. Am 5. Februar wird die [2<sup>nd</sup> annual EU-US conference on the Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) stattfinden.

#### Thema ISDS und Investorenschutz:

**Ergebnisse EU-Onlinekonsultation:** Am 13. Januar 2015 veröffentlichte die EU-Kommission ihre [Auswertung](#) (pdf; engl.) der Online-Konsultation aus 2014 zum Investitionsschutz und zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat in der TTIP. „Aus der Konsultation geht klar hervor, dass gegenüber dem Instrument der ISDS äußerste Skepsis herrscht“, erklärte die für Handel zuständige Kommissarin Cecilia Malmström in einer Stellungnahme. Gerade die eingegangenen ausführlichen Stellungnahmen verweisen auf Problematiken in folgenden vier Bereichen: der Schutz des Regelungsrechts, die Einrichtung und die Funktion von Schiedsgerichten, das Verhältnis zwischen der innerstaatlichen Justiz und der ISDS und die Überprüfung der rechtlichen Korrektheit von Entscheidungen im Rahmen der ISDS durch einen Berufungsmechanismus. Malmström kündigte an diese vier Bereiche genauer untersuchen zu wollen. Im ersten Quartal 2015 plant die EU-Kommission eine Reihe von Konsultationssitzungen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten, dem EU-

Parlament und verschiedenen Interessenträgern, darunter Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Gewerkschaften sowie Verbraucher- und Umweltorganisationen. Dem Ausschuss für internationalen Handel (INTA-Ausschuss) des EU-Parlaments wurden die Ergebnisse am 22. Januar 2015 vorgestellt.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel forderte die EU-Kommission auf, aus den Ergebnissen der Online-Konsultation Konsequenzen zu ziehen. Auf Basis von deren Ergebnissen solle sie nun einen Vorschlag vorlegen. Es wurde bekannt, dass derzeit Deutschland und Frankreich über eine gemeinsame Alternativ-Position beraten und ein gemeinsame [Positionierung](#) abgestimmt haben.

Quelle: [EU-Kommission](#) + [EurActiv](#) + [Zeit Online](#)

#### Aktueller Stand zu TiSA:

Wie EurActiv am 19.01.2015 die EU-Abgeordnete Viviane Reding zitiert, wird das EU-Parlament „im Herbst nach der Konsultation von Interessensgruppen einen Bericht veröffentlichen“. Bisher habe es zehn TiSA-Verhandlungsrunden gegeben, die nächste sei für Februar vorgesehen. In dem geplanten Abkommen seien Themen wie Rechte geistigen Eigentums und das Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) ausgeklammert. Man wolle Probleme wie beim Freihandelsabkommen vermeiden, so Reding. Der audiovisuelle Sektor und **öffentliche Dienstleistungen** wie Wasser, Gesundheit und Bildung seien ebenfalls ausgenommen. Gegenstand der Verhandlungen seien die Bereiche Telekommunikation, E-Commerce, Finanzdienstleistungen, Postdienstleistungen, Seeverkehr, Straßenverkehr und Luftverkehr, freiberufliche Dienstleistungen sowie die **öffentliche Auftragsvergabe**. TiSA (Trade in Services Agreement) ist ein geplantes internationales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. [Mehr](#)

Quelle: [EurActiv](#)



## Terminvorschau 2015

---

**12.05.2015**      **[bvöd: 1. Präsidiums- und Gesamtvorstandssitzung 2015](#)**

**29.10.2015**      **[bvöd: 2. Präsidiums- und Gesamtvorstandssitzung 2015](#)**

**29.10.2015**      **[bvöd-Mitgliederversammlung 2015](#)**

**29.10.2015**      **Jahresveranstaltung 2015 des bvöd**

CEEP-Arbeits- und Verbandsgremien: [Terminübersicht für 2015](#)

## Kontakt

---

Dominik Hellriegel

fon      +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

Referent bvöd-Geschäftsstelle

email      [hellriegel@bvoed.de](mailto:hellriegel@bvoed.de)

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)